

Unterstützung für Gesine Schwan und Ralf Stegner bei den Wahlen zum Parteivorsitz

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag der SPD vom 06. bis 08. Dezember 2019 sollen die Delegierten über den Parteivorsitz entscheiden.

Der Parteivorstand hat hierzu mit Beschluss vom 02. Juli 2019 eine breite Mitgliederbeteiligung bei der Erstellung des Wahlvorschlags für die Delegierten gefasst.

Danach können sich sowohl Einzelpersonen als auch gemischte Teams um den Parteivorsitz bewerben. Die Bewerber*innen müssen sich bis spätestens 01. September 2019 18:00 Uhr per E-Mail beim Bundesvorstand angemeldet haben. Zugelassene Bewerber*innen bekommen dann die Möglichkeit, sich und ihre Programmatik in regionalen Mitgliederversammlungen vorzustellen.

Um zum Wahlverfahren zugelassen zu werden benötigen die Bewerber*innen die Unterstützung von mindestens einem Landesverband oder Bezirk oder mindestens fünf Unterbezirken.

Begründung:

Bis zum heutigen Tag hat der vom Parteivorstand eingesetzte Wahlvorstand lediglich das Team Christina Kampmann/Michael Roth zugelassen.

Von den bisher bekannten Bewerbungsteams haben sich lediglich **Gesine Schwan und Ralf Stegner** eindeutig zu einer völligen Abkehr der Programmatik bekannt, die unsere Partei in die schwere Krise geführt hat.

Gesine und Ralf treten an mit einer klaren Abkehr von und der Revision der Hartz-Gesetzgebung und sie wollen einen sofortigen Ausstieg aus der Großen Koalition in Berlin. Sie stehen für die inhaltliche Erneuerung einer SPD, die sich künftig wieder ausschließlich an ihren **Grundwerten zu Freiheit, Solidarität und Frieden** orientiert und sich freimacht von einer Klientelpolitik für die Gutbetuchten und der Beteiligung an allen kriegerischen Konflikten in der Welt. Keine Waffenlieferungen mehr in Krisengebiete und keine Opferung deutscher Soldat*innen auf den Schlachtfeldern verschiedenster Kontinente.

Beide stehen für die **Abkehr von der desaströsen Politik der „Schwarzen Null“**. Sie stehen für kraftvolle öffentliche Investitionen durch Nutzung der Spielräume, die sich aus der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ergeben. Derzeit kann man sogar dreißigjährige Bundesanleihen mit Negativzinsen aufnehmen. Das bedeutet, dass der Bund in den 30 Jahren der Laufzeit keine Zinsen zahlt, sondern sogar noch Zinsen bekommt. Diese Möglichkeiten sollen auch für die Bildung eines Altschuldenfonds für die Verbindlichkeiten der Kommunen genutzt werden, damit diese wieder in kommunale Infrastruktur investieren können.

Angesichts der Tatsache, dass nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) eine öffentliche Investition von einer Milliarde mittelfristig private Investitionen in der doppelten Höhe auslösen, sind öffentliche Investitionen in Schienen, in Straßen, in Brücken, in Schulen oder Sportanlagen das Gebot der Stunde und würden ein gigantisches Konjunkturprogramm bedeuten, mit dem der sich abzeichnende konjunkturelle Abschwung aufgefangen werden kann und damit hunderttausende Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden können. Selbst konservative Wirtschaftsforschungsinstitute (IW)

wie das und Medien wie das Handelsblatt plädieren mittlerweile für eine Abkehr von der bisherigen Politik.

Nur Gesine Schwan und Ralf Stegner haben diese auch für die Zukunft Bremens wichtigste Säule künftiger Politik in ihrer Programmatik fest verankert.

Deshalb macht es Sinn, dass der Unterbezirk Bremen-Nord beide Kandidat*innen zumindest in der Hinsicht unterstützt, dass sie zur bundesweiten Mitgliederbefragung zugelassen werden.